

EIN MAGAZIN VON VION FÜR DIE DEUTSCHE LANDWIRTSCHAFT

ProAgrar

AUSGABE 60 | JUNI 2023



PORTRAIT

Christoph Klomburg,
Vorsitzender Landvolk Mittelweser Seite 2 - 3

INTERVIEW

Michaela Kaniber,
Bayerische Landwirtschaftsministerin Seite 4 - 5

REPORT

Projekt Heimatversprechen Seite 6-7

„Du musst es wollen“



EHRENAMT.

Christoph Klomburg (40) aus Niedersachsen über Agrarpolitik als täglich' Brot und 'Motivation plus Organisation', mit der die Doppelrolle als Unternehmer

und Vorsitzender eines Bauernverbandes funktioniert.

Mit 500 Schweinen, knapp 20.000 Puten und 150 Hektar Feldwirtschaft hat ein Landwirt in der Regel gut zu tun. Doch beim Besuch der ProAgrar auf dem Betrieb von Christoph Klomburg im niedersächsischen Syke wird schnell klar: Die Aufgaben des gerade 40-jährigen gehen über Ackerbau und Tierhaltung weit hinaus und sind – wie man hier im Norden sagt – „noch mal ein ganz anderer Schnack“.

Klomburg ist einer von zwei gleichberechtigten Vorsitzenden vom ‚Landvolk Mittelweser‘, dem regionalen Bauernverband südlich von Bremen mit 2.000 landwirtschaftlichen Betrieben und 4.800 Mitgliedern. Seit 2017 schon übernimmt er diese Aufgabe. Ehrenamtlich, aber ganz und gar nicht ‚mal nebenbei‘. Denn dahinter „steckt Woche für Woche ein Zeitaufwand zwischen Minimum zehn Stunden und wenn man will rund um die Uhr“, rechnet uns der Landwirt bester Dinge vor.

Warum macht jemand das? Was sagt die eigene Familie dazu? Und wie ist das überhaupt zu schaffen? – „Ich hab nicht von Anfang an ‚Hurra‘ geschrien und musste tatsächlich mehrmals gefragt werden“, räumt unser Gastgeber ein. „So eine Entscheidung zu treffen, war für mich nur mit der Unterstützung unseres ganzen Teams auf dem Betrieb möglich. Und dazu zählen in erster Linie meine Frau und meine Eltern, aber natürlich auch unsere Angestellte sowie inzwischen auch unser ältester Sohn Lenn.“

Vorbilder in der Familie

Andererseits hatten sich Großvater Manfred und Vater Jürgen zu ihrer Zeit als Chef auf dem Hof auch ehrenamtlich engagiert. Am Ende des Tages ausschlaggebend war für Christoph Klomburg aber ein anderer Punkt: „Ich möchte nicht zu denen gehören, die immer



Gespräche, Anhörungen, Eingaben - mitunter bis zu 30 Stunden pro Woche investiert Christoph Klomburg in sein Ehrenamt.

aus der letzten Reihe reinrufen und sich beklagen. Ohne aktiv selber etwas dafür zu tun, dass Dinge den Weg nehmen, der unserer Landwirtschaft gerade auch in der Region gut tut“.

In der Rolle eines ‚Wegbereiters‘ hat Klomburg aber klare Prioritäten gesetzt: An erster Stelle steht die Familie, dann der Betrieb, dann das Ehrenamt. Und um das einzuhalten, bekommt er „schon starke Unterstützung aus dem Verband“. Dessen Büro nimmt ihm viel Arbeit ab. So kennt die Geschäftsstelle seinen Kalender, die betrieblichen Arbeitsspitzen auf dem Hof in Syke und organisiert seine Termine und Aufgaben entsprechend. „Wenn meine Küken kommen oder Verladung ist oder Erntezeit – dann gehen manche Dinge nun mal nicht. Aber das klappt und auch das Ehrenamt mit einem festen Platz kommt nie zu

kurz“. So spannt es den Landwirt im Gegenzug auch schon mal 30 Stunden die Woche ein. Wenn etwa Gespräche mit regionalen Behörden, Beratungen im Landesverband und Naturschutzorganisationen oder die Vorbereitung politischer Entscheidungen mit den Ministerien anstehen.

Baustellen im Kleinen wie im Großen

Jahr für Jahr, so die Erfahrung von Christoph Klomburg, steigt der Beratungsbedarf. „Schon weil viele Themen nur noch schwer vermittelbar und – selbst bei größtem Wohlwollen – kaum noch zu erklären sind“. Was er damit meint, erklärt Klomburg am Beispiel GAP: Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU als Steuerungs- und Förderungsinstrument für Europas Landwirtschaft bedeute in der praktischen Umsetzung, dass Bauern beispielsweise auch ihre nichtproduktiven Ackerflächen oder Buntbrachen, zwischen Blühstreifen, Altgrasstreifen und Erosionsschutzstreifen akribisch dokumentieren müssen. „Mit dem Ergebnis“, so Klomburg, „dass die Frage nach wenigen Zentimetern Abstand mitunter viele Hundert Kilometer zurücklegen muss, bevor die Antwort als genehmigt

gilt“. Hannover – Berlin – Brüssel und retour.

Zurück an der Mittelweser macht zudem jeder Fluss des Landes, dessen Seen und Teiche, aber nicht zuletzt auch die mehr als 600.000 Hektar Moore hier im Norden, den Faktor Wasser in der Landwirtschaft Niedersachsens zu einem besonders sensiblen Gut. Ob für den Ackerbau oder als Grünland für die Viehhaltung. Und der Klimawandel tut ein Übriges. Im Ergebnis wird jedes trockenfallende Gewässer von den Landwirten sofort gemeldet. Für die entsprechende Anzeige, schildert Klomburg, „müssen wir Bauern aber via App und Email auf dem Acker per Handy und GPS-Daten dokumentieren, was da wächst. Währenddessen gilt es, aber noch per Link stets die Datenbank mit der Liste aller Pflanzenarten und deren jeweiligen Zahlencode im Auge zu behalten. Da scheint auch mir, dass Politik manchmal vergisst, dass jemand das auch machen muss, was da oben beschlossen wurde“.

Soll es – Stichwort ‚Wasser‘ – indes den umgekehrten Weg gehen, erscheint Klomburg „einmal mehr vieles aus Brüssel, Berlin und Co. nicht zu Ende gedacht“. Wenn zum Beispiel der politische Wunsch dahin gehe, große Teile der zur landwirtschaftlichen Nutzung kultivierten Moorflächen heute wieder zu vernässen, werde vielerorts „rasch ein Wasserstand erreicht, auf dem Rinder schlechterdings nicht mehr treten können. Wenn aber Weidegrund für unsere Milchviehhaltung großflächig verloren geht, trifft das den wichtigsten Erwerbs- und Wirtschaftszweig im Rindersektor Niedersachsens“. Und dass der Schilfanbau oder andere Paludikulturen (‚Palus‘ – lateinisch für Sumpf) doch eine Alternative sein könnten, sei zwar eine „nette Antwort, aber davon werden unsere Milchviehbauern nicht leben können. So viele Reetdächer kann man in Deutschland gar nicht decken“.

Auf politischer Bühne stattfinden

Aber wie kann ein Landwirt, selbst als Chef eines starken Verbandes, da gegensteuern? Um zumindest unstrittig wie Folklore anmutende Irrwege zu vermeiden? Das, so Klomburgs Überzeugung, „geht nur, wenn sich die

250.000 deutschen Bauern mit einer Stimme noch viel vernehmlicher Gehör dafür verschaffen, was für die Wirtschaft und die Gesellschaft dieses Landes auf dem Spiel steht“. Im Klartext: Mit deren Versorgung mit gesunden, heimischen Lebensmitteln übernimmt eine Viertelmillion mittelständisch oder familiär geführter bäuerlicher Betriebe nicht nur eine riesige Aufgabe. Sondern sorgt für Millionen Arbeitsplätze in Industrie und Handel. Und nicht wenige dieser Betriebe, wie auch der von Klomburgs in Syke, stellen sich dieser Aufgabe seit Hunderten von Jahren. Nicht zuletzt deshalb stören Christoph Klomburg vor allem im politischen Berlin drei Dinge: „Dass unter der Fahne

‚Landwirtschaft gestalten‘ vieles segelt, was im ersten Schritt nur reiner politischer Ideologie folgt, als Nächstes, dann der Planung persönlicher Karriereschritte und damit verknüpft dem simplen Denken in Legislaturperioden. Und Letztere dauern nicht mal so lange, wie auf unseren Feldern eine einzige Fruchtfolge“.

Da bleibt beim Schlendern über den Hof dann aber erst recht die Frage: Kann er angesichts solcher Voraussetzungen auch in der Rolle eines Verbands-Chefs junge Leute für die Landwirtschaft überhaupt noch motivieren? Die Antwort ist voller Zuversicht: „Das muss ich gar nicht. Die brennen alle. Auch weil sie sich mitunter noch nicht mit den vielen Fallstricken sich ständig wandelnder Gesetzeslagen intensiv beschäftigt haben. Für die jungen Leute – und da stimme ich ihnen ohne Wenn und Aber trotz allem zu – bleibt Landwirt einer der schönsten, erfülltesten und immer noch selbstbestimmtesten Berufe, die man erlernen kann. Deshalb sind sie hoch motiviert, engagiert

„Ich möchte nicht zu denen gehören, die immer aus der letzten Reihe reinrufen und sich beklagen.“

Christoph Klomburg

und interessiert und werden von uns top ausgebildet. Nicht zuletzt auch dafür, dass das so bleibt, bin ich mit meinem Ehrenamt verantwortlich“.

Was Berlin uns bietet, ist ein rot-gelb-grünes Trauerspiel

AGRARPOLITIK.

Die Bayerische Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber über ein unverantwortliches ‚Auf-Zeit-Spielen‘ der Ampel-Koalition, das drohende Szenario ‚Tierleid‘ nach Deutschland zu importieren und dringend nötige Voraussetzungen, damit in die Nutztierhaltung wieder investiert wird.

Frau Ministerin Kaniber, wenn Landwirte neue Tierwohlställe für Milchkuhe bzw. Masttiere bauen wollen oder bestehende Ställe für mehr Tierwohl umbauen – nach welchen Haltungsvorgaben sollen sie ihre Baupläne ausrichten? Und wie lange behalten diese Vorgaben dann auch Gültigkeit?

Aktuell ist die Situation so – während der Handel eine mittlerweile in der Verbraucherschicht sehr bekannte freiwillige Haltungskennzeichnung etablieren konnte, plant die Bundesregierung mit dem Tierhaltungskennzeichnungsgesetz eine neue, verpflichtende Kennzeichnung für deutsches Schweinefleisch. Die ist aber teils konträr zum Kennzeichnungssystem des LEH und geht auch in vielen Bereichen darüber hinaus. Damit hat der Bund das Gegenteil von Planungssicherheit erreicht und de facto alle Beteiligten bis hin zu den Verbrauchern verunsichert. Wir tun in Bayern alles, um unsere heimische Nutztierhaltung in eine gute Zukunft zu führen. Aber das Heft des Handelns hat beim Bau- und Immissionschutzrecht der Bund in der Hand. Die Bundesregierung muss jetzt schnellstmöglich für alle Nutztierarten verbindliche Haltungskriterien festsetzen, die auch langjährig Bestand haben. Dazu gehört auch eine langfristige finanzielle Unterstützung. Es müssen nicht nur die hohen Investitionen in Tierwohlstallungen entsprechend gefördert werden, sondern auch der laufende

Mehraufwand für das verbesserte Tierwohl langfristig und in ausreichender Höhe ausgeglichen werden. Nur dann wird in die Nutztierhaltung wieder investiert werden können.

Mit dem Bayerischen Programm Tierwohl „BayProTier“ fördern Sie in Bayern den Umbau von Ställen. Warum jedoch bekommen die Landwirte nur eine Förderzusage für ein Jahr?

Die Laufzeit des Programms ist auf ein Jahr beschränkt, weil auch wir uns in dem vom Bund vorgegebenen unruhigen Fahrwasser befinden. Wenn die Ampel in Berlin mit ihren Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat höhere Tierwohlstandards in neues Bundesrecht gießt, dürften wir auf Länderebene nichts mehr fördern, was unterhalb dieser Standards liegt. Deshalb sind wir gezwungen, hier auf Sicht zu fahren. Trotzdem fordere ich vom Bund, dass er auf laufende Tierwohlprogramme der Länder Rücksicht nimmt. Denn für mich soll BayProTier ein langfristig angelegtes Programm sein, das übrigens nicht direkt den Umbau von Ställen fördert, sondern dem Grundgedanken folgt: „Geld für das Tier, statt für Beton“.

Das bedeutet, dass Bäuerinnen und Bauern, die ihre Tiere nach den BayProTier-Kriterien (z.B. Außenklima, Einstreu, mehr Platz) halten, eine jährliche Tierwohlprämie für die erhöhten Aufwendungen ausbezahlt bekommen. Normalerweise hätte eine solche Förderung im Sinne der Empfehlungen der Borchert-Kommission vom Bund aufgesetzt werden sollen. Leider ist dies bisher nicht passiert.

Beim Schwein ist die erste BayProTier-Förderperiode bald um. Können trotzdem weitere Betriebe mitmachen, um im Transformationsprozess begleitet zu werden?

Während BayProTier im Jahr 2022 die Zucht-sauenhaltung und Ferkelaufzucht gefördert hat, wird das Programm in diesem Jahr auf Mastschweine sowie Mast- und Aufzuchtrinder ausgeweitet. Auch in den nächsten Jahren soll das Programm – sofern der Bund nichts aus Sicht der Bäuerinnen und Bauern



Bayerische Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber im Gespräch mit Paul Daum (l.), Leiter Lebendviehkauf von Vion in Deutschland und Dr. Stephan Kruse, Business Development Director Farming Germany.

Umsetzbares auf die Reihe bringt – stetig erweitert werden. Um es aber noch mal klar zu sagen: die Genehmigungsfrage von Neu- oder Umbau von Tierwohlställen liegt vor allem im Bundesrecht. Deswegen fordere ich von der Ampel, im Sinne von mehr Tierwohl schnellstens das Baugesetzbuch und vor allem die TA Luft anzupassen. Uns muss klar sein: Mit jedem Monat des Zögerns durch den Bund verlieren wir weitere Betriebe.

Im März haben Sie und vier Ihrer Länderkollegen den Bundesminister vor einem Strukturbruch in den ländlichen Räumen gewarnt. Wie ist die Situation heute?

Außer verschiedensten Ankündigungen ist auf Bundesebene bislang leider wenig Konkretes passiert. Unsere gemeinsamen Befürchtungen bleiben bestehen: Der Bund will in seinen Förderprogrammen zum Umbau der Tierhaltung die Anforderungen derart hoch stecken, dass nur ein minimaler

Bruchteil der Betriebe sie erfüllen kann. Den meisten wird damit keine Perspektive aufgezeigt. Deshalb bleibe ich dabei: Es ist kein Um-, sondern ein Abbauprogramm! Nur im vergangenen Jahr wurden in Deutschland fast zehn Prozent weniger Schlachtschweine erzeugt. Das darf nicht so weitergehen.

Warum lässt Berlin die Landwirte so im Stich?

Meiner Meinung nach spielt der Bund auf Zeit und handelt damit unverantwortlich. Ankündigungen statt Taten führen vor allem zu dem vom grünen Bundesminister Cem

Özdemir gewollten Abbau der Tierhaltung und eben nicht zum gesellschaftlich gewünschten Umbau in Richtung Tierwohl. Leider verkennt hier der Minister, dass sich das nicht auf den Fleischverzehr auswirkt. Dann verlagert sich lediglich die Produktion in andere Länder. Dort haben wir aber keinen Einfluss mehr, wie die Tiere gehalten werden.

Es braucht keine Glaskugel, um vorauszusagen, dass sich die Haltungsbedingungen für die Nutztiere damit gewiss nicht verbessern. Wenn der Bund so weitermacht, werden wir mehr Tierleid importieren. Und wir verlieren zudem die Basis für unsere Produktion und Ernährungssouveränität. Mit anderen Worten:

Die gegenwärtige Landwirtschaftspolitik der Ampel ist ein rot-gelb-grünes Trauerspiel.

Der süddeutschen Ferkelproduktion gehen die Tierhalter aus. Was muss Politik umsetzen, damit die Sauerhalter im Süden eine Perspektive haben?

Wir dürfen die Betriebe nicht überfordern. Denn was nützt es uns, wenn

wir die bestmöglichen Vorgaben für unsere Nutztiere auf dem Papier haben, die Ställe aber leer sind, weil die Betriebe das Handtuch geworfen haben? Deswegen müssen wir zusätzliches Tierwohl mit finanziellen Anreizen anstoßen. Hier sind wir in Bayern mit BayProTier in Vorleistung gegangen, das übrigens rein aus bayerischen Landesmitteln finanziert ist. Der Bund muss jetzt bei den rechtlichen Haltungsstandards langfristige Klarheit und damit Planungssicherheit vor allem auch in der Ferkelerzeugung schaffen. Und das Land Berlin sollte unter der neuen CDU-Führung seine Normenkontrollklage gegen die jüngsten Regelungen für Zucht-

sauen in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung zurückziehen. In Verbindung mit einem gut ausgestatteten Investitionsförderprogramm wäre dann der Weg für Investitionen auch bei den Ferkelerzeugern wieder geebnet.

Die Schweinehalter durchleben gerade eine Phase des Wandels, deren Geschwindigkeit jegliche Planung absurdum führt? Was raten Sie den jungen Schweinehaltern speziell in Süddeutschland?

Wir haben den bayerischen Schweinemarkt seit Beginn der Corona-Krise und dem Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest sehr genau im Blick und stehen in einem engen Austausch mit den Ferkelerzeugern, Mästern, Schlachtern, Wurst- und Schinkenherstellern, Metzgern und dem Handel. Mir ist bewusst, dass ihnen die großen Unsicherheiten durch Krisen, Krankheiten und nun auch noch durch die unsäglichen Weichenstellungen der Ampel schwer zu schaffen machen.

Für Bayern kann ich allerdings nur sagen: Die Staatregierung steht jetzt und auch künftig fest hinter der bayerischen Vieh- und Fleischwirtschaft. Ich vertraue auf unsere jungen Unternehmer und ihre zukunftsorientierten Entscheidungen.

Was steht auf dem Spiel, was macht Ihnen Mut?

Ich kenne so viele junge Menschen, die Perspektiven in der Schweinehaltung sehen und gute Ideen haben, weil sie auch wissen, dass der Markt dafür da ist. Mir gefällt auch, dass sich viele von ihnen jetzt immer mehr zusammenschließen, um besondere Qualitäten besser zu bündeln und zu vermarkten. Deshalb unterstütze ich auch das Projekt „Heimatversprechen“ der Ringgemeinschaft Bayern. Deutschland und besonders Bayern muss ein kräftiger Nutztierstandort bleiben: Weil es um unsere Versorgung mit besten Lebensmitteln geht, weil so unsere Kulturlandschaft erhalten werden kann und weil wir so viele Existenzen sichern können.

Zeit der Eigeninitiative

HEIMATVERSprechen.

Wie in der Schweinebranche ein Netzwerk über die gesamte Wertschöpfungskette entsteht – von der Zucht und Besamung, über die Mast bis zu den Schlachthöfen und der Vermarktung.

„Hilf Dir selbst, sonst hilft Dir keiner!“ Der Rat des Berner Gesundheitsökonom Gerhard Kocher gilt seit vielen Jahrzehnten. Wann immer es nämlich darum geht, organisch wie motorisch wieder verlässlich zu funktionieren und offenkundig aufkommende Krankheiten rechtzeitig anzugehen.

Und mit Blick auf die bundesweite Schweineproduktion ist eins sicher – von Kränkeln kann hier längst keine Rede mehr sein. „Die Zusammenarbeit in der Branche fließt nicht. Wir wurden zur Ellenbogenmentalität getrieben, und das schadet allen.“, so Martin Heudecker von der Ringgemeinschaft Bayern e.V.. Die Dachorganisation der Erzeugergemeinschaften des Freistaats ist einer von vielen Partnern, die jetzt die o. g. Empfehlung aus der Schweiz aufnehmen, um mit dem Projekt „Heimatversprechen“ der Schweinehaltung im Süden zu alter Gesundheit zu verhelfen.

Was ist der Auslöser?

„Die Schweinehaltung in Bayern hat hohe Kompetenz und lange Tradition und gehört nicht zuletzt wegen vieler regionaler Spezialitäten zu unserer Landeskultur. Wir finden uns nicht damit ab, dass sie Stück für Stück verschwindet, sondern wollen gerade mit unseren bäuerlichen Strukturen und dem hohen Qualitätsniveau in der gesamten Produktionskette punkten. Leider bekommen die Bayerischen Schweinehalter von der Bundespolitik trotz guter Vorschläge der Borchert-Kommission keinerlei Unterstützung und Rückenwind. Umso mehr müssen und werden wir auf unsere eignen Stärken setzen“, erklärt Martin Schöffel, agrarpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag, die Eigeninitiative. Dass es der

Abgeordnete, aber auch Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber (s. Interview auf S. 4 ff.) nicht bei scharfer Kritik an der Ernährungspolitik des Bundes belassen, zeigt ein Blick auf die Anschubfinanzierung des Projekts. Durch die Freigabe der Fördermittel aus der Fraktionsreserve der CSU und der FW war es möglich, dass das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten das ‚Heimatversprechen‘



bereits mit knapp 700.000 € fördern konnte.

Trotz der politischen Konstellation im Bund sieht Projektleiter Heudecker aber auch weitere gute Gründe, gerade die zumeist bäuerliche heimische Schweine-Produktion an veränderte externe Einflüsse anzupassen. „Die Produktion hochwertiger Nahrungsmittel im Umfeld von Klimadiskussion und weiteren gesellschaftlichen Erwartungen ist enorm anspruchsvoll. Diese Megatrends kann ein Familienbetrieb allein nicht bewerkstelligen.“

Hinzu kommt: nicht nur in Süddeutschland steht die Schweinebranche vor existentiellen Fragestellungen, die im Hinblick auf eine sichere Versorgung der Bevölkerung Antworten verlangen. Insoweit könne ein umfassendes Netzwerk zur Lösung für die nachhaltige und zeitgemäße Entwicklung einer heimischen Schweinehaltung werden. Des Weiteren werde durch eine starke Vernetzung auch die Ernährungs- und Versorgungssicherheit in Krisen besser abgesichert.



Martin Heudecker
Ringgemeinschaft Bayern e.V.



Wer macht mit?

Teilnehmer des Projekts sind mehr als zwei Dutzend Partner – darunter Unternehmen wie die Bayern-Genetik GmbH, Organisationen wie der Tiergesundheitsdienst Bayern e.V., Fleischerzeugerringe und natürlich die Erzeugergemeinschaften des Freistaats unter Federführung der Ringgemeinschaft Bayern. Unter deren Dach, so das gemeinsame Vorhaben, wollen die Teilnehmer vor allem eine engere Vernetzung der heimischen Schweineproduktion und -vermarktung herbeiführen. Im Vordergrund stehen dabei Schwerpunkt-

themen wie die Tiergesundheit, Nachhaltigkeit/CO², Regionalität und Bio-Diversität.

„Zu dem Zweck braucht es unter anderem über alle Prozessschritte und Haltungsstufen hinweg einen transparenten Informationsfluss, in dem sämtliche Parameter der Wertschöpfungskette ausgetauscht werden“, erklärt Franz Beringer vom Vorstand der EG Südbayern. Die Erzeugergemeinschaft ist als Miteigentümer der Schweineschlachtbetriebe Vilshofen und Landshut von Vion in der Lage, „sämtliche Daten von der Zucht bis zum Schlachthaken und wieder zurück anzubieten, die erforderlich sind, damit das ‚Heimatversprechen‘ gilt, steht und mit großer Kompetenz hält, was es verspricht.“

Was sind die Ziele?

Dazu zählen so unterschiedliche Prozessschritte wie das Anliefermanagement, die Schlachtbefunddatenauswertung vom

Fleischprüfing, aber beispielsweise auch die Ergebnisse der zweimal jährlichen Betriebsbegehungen des Tiergesundheitsdienstes in den Ferkelerzeugerbetrieben. Im ersten Schritt wollen die Initiatoren und Teilnehmer vor allem zwei Fragen beantworten: Wie kann durch bessere Vernetzung der Organisationen und Landwirte mehr Effizienz geschaffen werden? Und wie können Schweinefleischprodukte aufgewertet und besser vermarktet werden?

Dabei trägt das Projekt eins der wichtigsten Argumente dafür schon im Namen:

stellen. „Man kann sämtliche Parameter wie beispielsweise Schlachtkörperbeschaffenheit, Tiergesundheitsmerkmale oder Fleischqualität direkt mit einem einfachen Werkzeug beeinflussen“. Dadurch seien vom LEH gewünschte Eigenschaften schnell und einfach umzusetzen und ein unmittelbarer Vorteil für den Kunden, die Verarbeiter und Vermarkter zielsicherer herbeizuführen.

Mit Blick auf das große Ganze quasi, ist Stephan Neher, Vorstandsvorsitzender der Ringgemeinschaft, davon überzeugt, „dass unser Projekt gute Aussichten hat, die Wertschöpfung der Landwirtschaft zu erhöhen und die Produktionssicherheit für die Verbraucher und die Branche stabilisieren wird. Damit schafft ‚Heimatversprechen‘ Nachhaltigkeit. Diese ist definiert auf sozialem, ökologischem und ökonomischem Mehrwert für den Landwirt, die Organisationen, die Verarbeiter und Vermarkter bis hin zum Endverbraucher“.

Die regionale Herkunft der Produkte, die beim Lebensmitteleinzelhandel und dessen Kunden gerade im Freistaat ein zunehmend kaufentscheidendes Kriterium ist. Neben Regionalität ist aber auch herausragende Produktgüte ein Teil des Versprechens. Denn schon konzeptionell basiert das jetzt auf den Weg gebrachte Vorhaben auf dem Siegel „Geprüfte Qualität Bayern“ (GQB).

Wie profitiert die ganze Kette?

Mit welchem konkreten Nutzen über die gesamte Kette hinweg ‚Heimatversprechen‘ aber auch als Vorbild für andere Länder taugen könnten, machte unlängst das Bayerische Landwirtschaftliche Wochenblatt deutlich. Beispiel Anpaarungsprogramm. Datenbasiert – Stichwort ‚effizienter Informationsfluss‘ – ließe sich ein Produkt, das genau dem entspricht, was der Markt verlangt, aussichtsreich viel schneller er-

Möchten Sie die ProAgrar zukünftig – statt auf Papier – digital als PDF erhalten?



SCAN ME

Einfach diesen QR-Code scannen – und Ihre Email-Adresse eintragen.

Nicht mehr wirtschaftlich

Wie die gesamte Fleischbranche wird auch die Vion Food Group ihre Produktionskapazitäten dem deutschen Markt punktuell anpassen. Beispiel Schleswig-Holstein: Gab es hier im Norden noch zur Jahrtausendwende fast 12.000 Rinderhalter, sind es aktuell noch 6.837. Im gleichen Zeitraum sank der Rinderbestand des Landes von 1,33 Mio auf 950.000. Im Ergebnis sind Betriebe wie der Vion-Standort Bad Bramstedt nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben.

Veränderte Märkte machen veränderte Schlachthofstrukturen unumgänglich. Ende Mai informierte Vion seine Mitarbeiter und Sozialpartner in Bad Bramstedt, die Lieferanten und Kunden sowie die Behörden und die Öffentlichkeit über die Planung, den Schlacht- und Zerlegebetrieb in Schleswig-Holstein zum 31. Juli einzustellen. Für die ca. 250 von der Schließung betroffenen Kollegen verhandelt Vion mit dem Betriebsrat einen Interessenausgleich bzw. Sozialplan, der auch eine Versetzung an andere Standorte der Vion in Deutschland vorsieht. Die Unternehmenstochter Vion Zucht- und Nutztvieh GmbH in Neumünster ist von der Schließung nicht betroffen.

Ausgelegt für eine Kapazität von 4.500 Schlachttieren pro Woche, verarbeitete Vion in Bad Bramstedt zuletzt wöchentlich nur noch ca. 1.500 Milchkühe, Bullen, Kälber und Färsen. Diese Entwicklung trug zwar sukzessive den auch im Norden seit Jahrzehnten rückläufigen Viehbeständen Rechnung, macht aber eine Fortführung des Betriebs in Bad Bramstedt selbst für Vion – als das mit Abstand größte Rinderschlachtunternehmen Deutschlands – nicht mehr möglich. Seit Jahren arbeitet der Standort unwirtschaftlich und fuhr zuletzt siebenstelligen Verluste ein.

„Die geplante Schließung ist Teil der Anpassung an unseren deutschen Standorten, um Angebot und Nachfrage auf dem deutschen Markt, der unter Druck steht, wieder ins Gleichgewicht zu bringen“, sagte Vion CEO Ronald Lotgerink. In diesem Sinne steht die gesamte Fleischindustrie Deutschlands am Beginn einer massiven Konsolidierung.



Wurden in Bad Bramstedt vor 20 Jahren noch 160.000 Schlachttiere angeliefert, waren es 2012 noch 120.000 und im abgelaufenen Jahr 2022 noch 80.000 Rinder.

STANDPUNKT

Es gibt sie noch!



Kurz vor Halbzeit der aktuellen Legislaturperiode in Berlin dürfen wir eins annehmen: Im Abschlusszeugnis der ersten Ampelkoalition im Bund wird man deren Agrarpolitik allenfalls mit „gerade noch ausreichend“ benoten können.

Immerhin – dass Tierhalter mit der jetzt im Bundestag beschlossenen Baurechtsänderung ihre Bestände nicht mehr verringern müssen, wenn sie in höhere Tierhaltungsstufen wechseln möchten, ist ein Lichtblick. Ermöglicht werden zudem Ersatzbauten, um während der Baumaßnahmen die Tierhaltung beizubehalten. Das gleichzeitig beschlossene Tierhaltungskennzeichnungsgesetz jedoch bleibt hinter den Erwartungen zurück. Dessen Unvollständigkeit in puncto Gastronomie und Außer-Haus-Verpflegung, der Tierarten Rind und Geflügel sowie des Volumenmarkts Verarbeitungsware als Erfolg zu verkaufen, hinterlässt viel Ratlosigkeit.

Dass vor diesem Hintergrund die kommende Generation unserer Landwirte weiterhin hoch motiviert, interessiert und engagiert neue Perspektiven sieht und voller Ideen steckt, ist bemerkenswert. Genauso schildern es nämlich beispielhaft der Niedersachse Christoph Klomburg, als Spitzenvertreter eines Bauernverbands mit 2.000 Betrieben wie auch Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber (s. in dieser Ausgabe das Portrait S. 2 sowie das Interview S. 4).

Denn das macht mir eins deutlich: Es gibt sie noch! Junge Landwirte von morgen, die nicht im Traum daran denken, als „Letzte Generation“ unserer bäuerlichen Landwirtschaft in Deutschlands Geschichte einzugehen.

Stephan Kruse

Dr. Stephan Kruse

Business Development Director Farming Germany

IMPRESSUM

ProAgrar Ausgabe 60, Juni 2023

Gesamtverantwortung: Dr. Stephan Kruse (V.i.S.d.P.)

Redaktion: Thomas van Zütphen

Produktion: TwoTypes Werbeagentur GmbH & Co.KG

Druck: wub-druck GmbH

Auflage: 28.500

Schreiben Sie uns! proagr@vionfood.com

Oder rufen Sie uns an 04192 503-313

Vion Beef B.V. www.vionfoodgroup.com

Rudolf-Diesel-Straße 10, 86807 Buchloe

ProAgrar
digital:



Diese Broschüre wurde auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt, das vollständig recyclebar ist.